BDEW

Statement zum Monitoring Energiewende

[01.09.2025] Anlässlich des vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragten Monitorings zur Energiewende fordert der BDEW größere Handlungsspielräume für die Digitalisierung.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat ein Monitoring zur Energiewende in Auftrag gegeben, das den Stand der Digitalisierung in der Energiewirtschaft untersucht. Es soll zeigen, wie weit digitale Technologien bereits eingeführt sind, wo Handlungsbedarf besteht und welche Rahmenbedingungen für eine schnellere Umsetzung geschaffen werden müssen. Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in einem Statement hierzu mitteilt, ist die Digitalisierung ein zentraler Treiber der Energiewende. Sie reicht von intelligenten Messsystemen über KI-Anwendungen, Smart Grids, Digitale Zwillinge und virtuelle Kraftwerke bis hin zu Prozessautomatisierung und vernetzten Datenökosystemen. „Die Digitalisierung ist der Schlüssel, um die steigende Komplexität unseres Energiesystems zu beherrschen und gleichzeitig Effizienzpotenziale zu heben“, erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Sie ermögliche es, Stromerzeugung und -verbrauch besser zu steuern, Flexibilitäten zu nutzen und Netze zu entlasten – und trage so zu Versorgungssicherheit, Systemeffizienz und Klimaschutz bei.

Mehr Handlungsspielraum gefordert

Damit diese Potenziale genutzt werden können, fordert der Verband gezielte Anreize, praxisnahe Unterstützungsangebote und mehr Handlungsspielräume für Unternehmen. Regulierungen, die digitale Innovationen auf nationaler oder europäischer Ebene bremsen, sollten kritisch überprüft werden. Insbesondere in Brüssel sieht der BDEW Ansatzpunkte für Verbesserungen. So biete der geplante Omnibus der Digitalgesetzgebungen (Omnibus IV Simplification Package) Gelegenheit, Verfahren zu vereinfachen und Vorgaben zu vereinheitlichen. Anpassungen der KI-Verordnung, Fortschritte beim Datenschutz und ein innovationsfreundlicher Rahmen für die Datenökonomie könnten nach Ansicht des Verbands die Verbreitung digitaler Technologien beschleunigen.

Bei der Umsetzung europäischer Vorgaben in deutsches Recht müsse zudem auf bürokratische Übererfüllungen verzichtet werden. Nur mit ausreichend „Beinfreiheit“ lasse sich der Einsatz neuer Technologien erleichtern und die Effizienz steigern. Wichtig sei, Kosten und Nutzen sorgfältig abzuwägen, das Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ beizubehalten und digitale Plattformen in enger Abstimmung mit der Branche zu entwickeln.

Notwendigkeit hoher Sicherheitsstandards

Neben mehr Freiräumen betont der BDEW die Notwendigkeit hoher Sicherheitsstandards. Durch die wachsende Vernetzung neuer Erzeuger und Verbraucher sowie deren Anschluss an das Internet werde ein zuverlässiger Schutz der Systeme unverzichtbar. Dies sei nicht nur eine Frage der Versorgungssicherheit, sondern auch der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands. Schutzmaßnahmen müssten dabei so gestaltet werden, dass sie praxisnah bleiben und dennoch ihre volle Wirksamkeit entfalten.

(th)

Stichwörter: Politik, BDEW, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Monitoring zur Energiewende